



# Hauptstadtbrief

## von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 113

Nachrichten und Notizen

15.03.2013

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

als Reaktion auf meinen letzten Hauptstadtbrief haben mich viele aufgefordert, mich an der Gründung einer neuen Partei zu beteiligen. Ich werde dies nicht tun. Ein derartiger Schritt würde den Einfluss der Rettungsschirmpolitiker auf ein Minimum sinken lassen.

Unweigerlich wird eine solche Partei eine Wahlschlappe hinnehmen. Das mit 1,1 % desaströse Ergebnis der Freien Wähler in Niedersachsen sollte allen eine Warnung sein. Denn unter dem Strich hat dieses Ausfransen am bürgerlichen Lager die Machtübernahme der politischen Linken beflügelt. Nach meiner Auffassung wird eine Überwindung der falschen "Rettungsschirmpolitik" nur durch Vermehrung der Kritiker innerhalb der christlich-liberalen Koalition gelingen. Rot und Grün sind mit ihren Forderungen nach Schuldenvergemeinschaftung und Wachstumsstimulierung durch „deficit spending“ doch in Wirklichkeit näher an Holland und den Mittelmeerstaaten, als an Deutschland und den soliden Eurostaaten. Und auch wenn Rot-Grün am 22. September keine Mehrheit bekommen wird, so ist doch ein politisches Patt möglich. Die jüngsten Avancen von Linksparteichef Riexinger an Steinbrück zeigen, dass die Kommunisten bereit wären, Rot-Grün zur Macht zu verhelfen. Offiziell geht es Steinbrück nur um eine rot-grüne Koalition, während über die Parteilinke Nahles Gespräche mit den Linken laufen. Es wäre eine Entwicklung ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen nach der Landtagswahl 2010 möglich. Hier bildete sich eine rot-grüne Minderheitenregierung unter Hannelore Kraft, die mithilfe der Linken ins Amt gehoben wurde. Kraft regierte dann zwei Jahr mit einer „Koalition der Einla-

dung“, bis es aufgrund der Vorlage eines verfassungswidrigen Schuldenhaushalts zu Neuwahlen kam, aus denen leider Rot-Grün als Sieger hervorging. Gerade eine solche Entwicklung gilt es mit aller Macht zu verhindern. Das bürgerliche Lager darf sich nicht zersplittern.

Das Thema Zypern wird weiterhin heiß diskutiert. Ich habe meinen Standpunkt kürzlich in einem Gastbeitrag im Handelsblatt dargelegt:

### Gefangen im absurden Euro-Rettungssystem

Als im Jahr 2000 in der deutschen Innenpolitik um die Aufnahme Griechenlands in die „Startaufstellung“ der Währungsunion gestritten wurde, versicherten die rot-grünen Befürworter eines solchen Schrittes, dass Griechenland für die Stabilität der Eurozone kein Problem darstelle. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich in der entsprechenden Debatte am 29. Juni 2000 entschieden gegen die Aufnahme ausgesprochen, während der damalige Finanzminister Eichel noch Komplimente an die griechische Regierung verteilte. Die Defizitquote des Maastricht-Vertrages erschien mit 1,9 % erfüllt. Heute wissen wir, dass griechische Regierungsstellen hier massive Fälschungen vorgenommen hatten. Mit 103 % wurde die Schuldenstandsquote schon damals deutlich verfehlt. Dennoch sei das Land aufgrund seiner geringen wirtschaftlichen Leistung derart unbedeutend, dass es, egal was komme, keine Gefahr für die Stabilität der neuen Währung darstelle, so die Beitrittsbefürworter. Das griechische Bruttoinlandsprodukt erreicht in der Tat mit 208,5 Milliarden Euro kein Zehntel der deutschen Wirtschaftsleistung (2.600 Mrd. Euro). Gleichwohl ist es mehr als zehnmal so groß wie das zypriotische Bruttoinlandsprodukt,

das gerade einmal 18 Mrd. Euro erreicht. Das entspricht einem Anteil von 0,2 % am BIP der gesamten Eurozone.

Nachdem seit dem Frühjahr 2010 die „Euroretter“ trotz dieser Prognose bereits Milliarden in der griechischen Ägäis versenkt haben, geht es nun munter weiter auf der nach unten offenen Systemrelevanzskala. Oder wie ist es anders zu erklären, dass uns nun im Zusammenhang mit Zypern vor einer Gefährdung der Stabilität der Eurozone als Ganzes Angst gemacht werden soll? Da könnte sich ja demnächst jede mittlere deutsche Großstadt mit Haushaltsproblemen um ESM-Mittel bewerben! Zur Einordnung: Das BIP der Stadt Essen ist in etwa so groß wie das von Zypern.

Bei der Errichtung des ESM wurde als Sedativum für die um ihre Ersparnisse fürchtenden Deutschen für die Gewährung von „Stabilitätshilfe“ an Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets in der Präambel des ESM-Vertrages ausdrücklich als Bedingung eingefügt: „[...] wenn es zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt und seiner Mitgliedstaaten unabdingbar ist.“

Bei Zypern kann es in keinem Fall um die Wahrung der Stabilität der Eurozone gehen, sondern einzig und allein um die Stabilisierung des zypriotischen Bankensektors auf Kosten des deutschen Steuerzahlers. Was ist denn das für eine Währung, die den (Teil-)Ausfall von 0,2 % ihrer Wirtschaftsleistung nicht verkraften kann?

Es lohnt ein Blick auf den Finanzsektor der nach wie vor geteilten Mittelmeer-Insel. Da ist es schon ein wenig auffällig, dass ein Land mit einem BIP in Höhe von 18 Mrd. Euro in den Jahren 2009 bis 2011 Direktinvestitionen in Russland in Höhe von 129,9 Mrd., 179,2 Mrd. und 128,8 Mrd. Dollar tätigen kann. Das Forschungsinstitut „Global Financial Integrity“, das sich mit illegalen Finanzströmen weltweit beschäftigt, hat im Februar 2013 einen Bericht vorgelegt mit dem Titel: „Russland: Illegale Finanzströme und die Rolle der Schattenwirtschaft“ (im englischsprachigen Original: „Russia: Illicit Financial Flows and the Role of the Underground Economy“). In dem Bericht kommen die Autoren zu dem Schluss, dass in den Jahren 1994 bis 2011 insgesamt 211 Mrd. Dollar als Schwarzgeld aus Russland ins Ausland geflossen sind. Auf den Seiten 39-41 dieser Studie wird ausgerechnet

Zypern als Paradebeispiel verwendet, um die Methodik der Geldwäsche plastisch zu erklären. Oder besser gesagt: zu enthüllen, was sich hinter den gigantischen „Direktinvestitionen“ verbirgt. In der Studie heißt es wörtlich: „Es ist unwahrscheinlich, dass Zypern mit einem BIP von etwa 23 Mrd. Dollar [= 18 Mrd. Euro; Anm. d. Verf.] solche großen Investitionen ohne Schwarzgeld aus Russland tätigen kann.“ („It is unlikely that Cyprus, with a GDP of around US\$23 billion can manage to make such large investments in Russia unless those investments were financed through illicit assets from Russia.“)

Dies hat mich zu der gelegentlich zitierten Aussage bewegt, dass die zypriotische Bankenkrise wohl kaum die Stabilität der Eurozone als Ganzes gefährdet, sondern höchstens den Blutdruck einiger osteuropäischer Yachtbesitzer.

Es obliegt mir als Abgeordneter des Deutschen Bundestages nicht, die Rechtmäßigkeit jeder einzelnen Finanztransaktion im Euro-Währungsgebiet zwischen Russland, Zypern und möglichen weiteren Staaten zu beurteilen. Selbstverständlich ist nicht jede Finanzaktion oder Direktinvestition mit Geldwäsche gleichzusetzen. Auch viele deutsche Firmen sind in Zypern aktiv. Aber die Größenordnung der oben dargelegten Praktiken zeigt, dass hier etwas nicht stimmen kann. Und ich bin nicht bereit, zur Rettung des russischen Schwarzgeldparadieses den deutschen Steuerzahler heranzuziehen. Es leuchtet mir nicht ein, wie ein Staat mit der Wirtschaftskraft einer mittelgroßen deutschen Stadt weltweit größter Kapitalinvestor in Russland sein kann. Und wenn dort alles mit rechten Dingen zugehen würde, dürfte Zypern niemals vor der Pleite stehen. Denn trotz der europaweit mit Abstand niedrigsten Unternehmenssteuer in Höhe von 10 % müssten angesichts solcher Kapitalstöcke die Steuereinnahmen sprudeln.

Aber Zypern ist nicht nur ein Schwarzgeld- und Steuerparadies, sondern auch aus energie- und geopolitischen Gründen interessant. Vor der zypriotischen Küste befinden sich Gasvorkommen, die sich nach zurückhaltenden Schätzungen auf mindestens rund 200 Mrd. m<sup>3</sup> belaufen. Ausgehend von einem relativ niedrig angesetzten Gaspreis von 200 Dollar pro 1000 m<sup>3</sup> lässt sich der Wert des Gasvorkommens auf mindestens 39,6 Mrd. Dollar (= 31 Mrd. Euro) beziffern. Bereits innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre könnte

die Gasförderung anlaufen. Unter den Bewerbern für die Förderlizenzen befinden sich dabei auch einige europäische Firmen, die das notwendige technische Know-how mitbringen. Sogar ausgehend von der oben genannten Schätzung kann dann, nach Abzug der Kosten, bei einer Förderdauer von zwanzig Jahren von jährlichen Erträgen von mindestens einer Milliarde Euro für den zypriotischen Haushalt ausgegangen werden. Der enorme Wettlauf um Förderlizenzen lässt allerdings darauf schließen, dass die Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer noch weitaus größer sind. So kommt eine vielzitierte Studie der Royal Bank of Scotland, die mir vorliegt, zu dem Schluss, dass Zypern auf Gasvorkommen in einem Gegenwert von sagenhaften 530 Mrd. Euro sitzen könnte. Bei einer Gewinnmarge von 20 % überstiegen die Erträge mit 106 Mrd. Euro das gegenwärtige zypriotische BIP um 580 %.

Daher bin ich keinesfalls bereit, deutsche Steuergelder – gleich ob als Barzahlung, Kredit oder Bürgschaft - zur fraglichen „Rettung“ Zyperns einzusetzen. Dass Asmussen und Regling für einen solchen Schritt bereits laut trommeln, wundert mich schon nicht mehr. Sie sind Gefangene des absurden „Euro-Rettungssystems“. Skandalös ist es aber, dass in der ganzen Diskussion um den Bail-out für Zypern noch nie die Forderung auf den Tisch gelegt wurde, die Einnahmen aus den zypriotischen Gasvorkommen an die potentiellen Geldgeber zu verpfänden. Diejenigen Länder, die von der Konzessionsvergabe an ihre teils staatlichen Energiekonzerne profitieren, sollen sich auch um den Bail-out kümmern!

Für Förderlizenzen haben sich insgesamt fünfzehn Energiekonzerne beworben, darunter Total aus Frankreich und Eni aus Italien. Auch Gazprom (Russland) sowie außereuropäische Konzerne aus den USA, Kanada und Fernost sind mit im Spiel. Wer von den Chancen, die ein Engagement in Zypern bietet, profitieren will, muss auch die Risiken tragen. Die Schulden Zyperns zu vergemeinschaften, die Gewinne aus den Gasgeschäften jedoch zu privatisieren, stellt für mich keine Option dar. Wenn Zypern Hilfgelder braucht, muss es sie mit den zukünftigen Erträgen aus der Gasförderung absichern. Dieses Verfahren ist weder ungewöhnlich, noch neu und wurde beispielsweise bei der Finanzrettung der Stadt New York Mitte der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts erfolgreich so praktiziert. Die

Stadt trat zukünftige Einnahmen aus Steuern und sonstigen Quellen wie z.B. dem Fährverkehr als Sicherheit an den „Big Mac“ ab, der dafür die Refinanzierung der klammen Stadtkasse organisierte.

Wie soll denn verhindert werden, dass die ESM-Mittel in einem Wirtschafts- und Finanzsystem versickern, das eben jene illegalen Praktiken ermöglicht, durch die jährlich Milliarden an der eigenen Wirtschaft vorbei nach Osteuropa geschleust werden? Wenn ein stabiler und solider Haushalt Ziel der zypriotischen Regierung wäre, könnte sie zahlreiche fiskalische Maßnahmen ergreifen, die die voluminösen Finanzströme anzapfen und den überbordenden Finanz-Schwarzmarkt eindämmen würden. Stattdessen wurde in den vergangenen Jahren nichts dergleichen unternommen, wohlwissend, dass die extrem niedrigen Unternehmenssteuern ein attraktives Biotop für illegale Finanzgeschäfte sind. Angesichts des stark defizitären Haushaltes der Inselrepublik besteht schon lange Handlungsbedarf, aber die Erhaltung des Rufes als europäisches Steuerparadies hatte offenbar höhere Priorität. Woher nehmen also nun die „Retter Zyperns“ das Vertrauen in die plötzliche politische Bereitschaft des Landes zu genau den Reformen, die das Land seit Jahren umgeht? Viel verlockender ist es doch aus zypriotischer Sicht, durch Annahme der Hilfsmilliarden die Lasten der eigenen jahrelangen Begünstigung zweifelhafter Finanzgeschäfte auf die Gemeinschaft der Eurostaaten abzuwälzen.

Die Sonderbeziehung Zyperns zu Russland, die sich nicht nur in der kommunistischen Geschichte des seitherigen Präsidenten der Inselrepublik zeigt, sondern auch in der gemeinsamen kirchlich-orthodoxen Prägung wurzelt, wird als Hilfsargument für die Rettungsnotwendigkeit ins Feld geführt. Dass sich Russland die Förderlizenzen sichert und dazu noch seine Mittelmeerflotte auf Zypern stationiert, nachdem der russische Stützpunkt in Syrien wohl nicht mehr lange zu halten sein wird, ist in der Tat keine verlockende Perspektive. Aber bereits jetzt sind die Verbindungen zwischen Zypern und Russland nicht nur auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf politischem Gebiet mehr als eng. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages legte mir zu den russisch-zypriotischen Beziehungen in einem Gutachten dar: „Diese Beziehungen scheinen Zypern auch wichtiger zu sein als die

Beziehungen innerhalb der Europäischen Union. Bereits zweimal hat Zypern in letzter Zeit die russische Position zu bestimmten Fragen übernommen und so einen bestehenden Konsens innerhalb der Europäischen Union verlassen. Auch in der Beurteilung der Lage in Syrien orientiert sich Zypern stark an der russischen Position.“

Doch zurück zur Gedankenwelt der „Euroretter“: was die Einführung einer Finanztransaktionssteuer anbelangt, zielt sich Zypern. Das Land gehörte nicht zu den elf Euro-Staaten, die im Oktober 2012 eine vertiefte Zusammenarbeit eingegangen sind. Und dabei hatte Zypern zum damaligen Zeitpunkt seinen Hilfsantrag schon längst gestellt. Und direkt nach der gewonnenen Wahl hat der neue Präsident Anastasiades der Einführung einer Finanztransaktionssteuer eine deutliche Absage erteilt. Nur der politische Einfluss Russlands kann erklären, warum die zypriotische Regierung hiervor zurückschreckt. Wir dürfen uns keine Rosinenpickerei zumuten lassen!

\*\*\*    \*\*\*    \*\*\*    \*\*\*    \*\*\*    \*\*\*    \*\*\*

Soviel zu meinem Beitrag im Handelsblatt. Unter diesem Link können Sie den Artikel aufrufen:

<http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zu-zypern-gefangen-im-absurden-euro-rettungssystem/7929828.html>

## **Bahnlärm im Mittelrheintal**

Die CDU im Mittelrheintal zieht in Sachen Bahnlärm an einem Strang. Die CDU Rheingau-Taunus hat Anfang Januar mit den CDU-Kreisverbänden Ahrweiler, Koblenz, Mainz, Mainz-Bingen, Mayen-Koblenz, Neuwied, Rhein-Hunsrück und Rhein-Lahn auf einer gemeinsamen Konferenz in Oberwesel ein „Lärmschutz-Gesamtkonzept“ für das Mittelrheintal erarbeitet und beschlossen.

Zusammen mit 24 CDU-Abgeordneten des Mittelrheintals aus Europaparlament, Bundestag, den beiden Landtagen von Hessen und Rheinland-Pfalz, sowie den drei hessischen Staatssekretären aus dem Rheingau haben wir nun in einem gemeinsamen Schreiben dem Bundesverkehrsministerium und der Deutschen Bahn AG dieses Konzept unterbreitet die Einrichtung einer

„Lärmschutz-Modellregion Mittelrhein“ gefordert. Wir erhoffen uns, dass durch die Lärmschutz-Modellregion der besondere Handlungsbedarf im Mittelrhein anerkannt wird und Lärmschutzmaßnahmen künftig über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus mit höchster Priorität umgesetzt werden können.

Die CDU im Rheingau-Taunus Kreis steht hier geschlossen an der Seite der Bürger und setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine Reduzierung des Bahnlärms ein. Gemeinsam mit unserem Europaabgeordneten Michael Gahler, den Landtagsabgeordneten Peter Beuth und Peter Seyffardt sowie den hessischen Staatssekretären Ingmar Jung, Werner Koch und Petra Müller-Klepper unterstützte ich namentlich die Modellregion-Initiative für das Mittelrheintal. Wir müssen den Lärmschutz in unserer Heimat als gemeinsames Projekt der Region sehen und auch über Landesgrenzen hinweg nach Lösungskonzepten suchen. Das vorgestellte Lärmschutzkonzept sieht kurzfristig unter anderem ein nächtliches Tempolimit von 50 km/h zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr für nicht modernisierte Züge vor.

Auch im Projektbeirat ‚Leiseres Mittelrheintal‘ setze ich mich weiter dafür, ein im Dialog zwischen Bürgerinitiativen, Politik und Deutscher Bahn weitergehende Lärmschutzmaßnahmen zu erarbeiten. Die nächste Sitzung wird am 26. März in Boppard stattfinden.

## **Stärkung des Ehrenamtes**

Ehrenamtliches Engagement ist einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Unser Land wäre ärmer, würde es nicht die vielen Bürger in Sportvereinen, Stiftungen, im kirchlichen oder sozialen Bereich geben, die sich freiwillig und nachhaltig engagieren. Sie sorgen für mehr Zusammenhalt und fördern das Gemeinwesen.

Das verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Die Politik ist dazu aufgerufen, mit ganz praktischen Maßnahmen bessere Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu schaffen. Es freut mich daher sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass der Bundesrat am 1. März 2013 dem „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ zugestimmt hat. Zahlreiche Kollegen aus allen zuständigen Arbeitsgruppen haben dieses Gesetz zusammen mit den Bundesministerien der Finanzen und

Justiz erarbeitet. Besonders danke ich Herrn Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Frau Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die das Gesetz von Anfang an unterstützt und sich persönlich am Diskussionsprozess beteiligt haben. Das Gesetz tritt rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft und sorgt für eine umfassende Unterstützung des Ehrenamts und den Abbau bürokratischer Hindernisse.

Wir heben die Pauschalen im Steuerrecht deutlich an: Übungsleiter können künftig bis zu 2.400 Euro jährlich steuer- und sozialversicherungsfrei erhalten. Alle anderen ehrenamtlich Tätigen werden durch die Ehrenamtspauschale von 720 Euro begünstigt. Mit diesem deutlich höheren Pauschalbetrag als bisher wollen wir Vereinen und anderen gemeinnützigen Organisationen die Chance geben, auf bürokratisch aufwändige Einzelabrechnungen zu verzichten. Wir möchten, dass die Freizeit dem Einsatz für unsere Mitmenschen zur Verfügung gestellt werden kann und nicht mit Abrechnungsarbeiten am Schreibtisch verbracht werden muss. Die Umsatzgrenze von sportlichen Veranstaltungen eines Vereins als Zweckbetrieb wird auf 45.000 Euro angehoben. Auch dadurch entlasten wir Vereine aus dem Bereich des Breitensports von unnötiger Bürokratie.

Viele Ehrenamtliche bewegt ferner die Frage, inwieweit sie für Fehler und Schäden in Ausübung ihrer Tätigkeit einzustehen haben. Das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes“ sieht daher eine Beschränkung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern und Mitgliedern von Vereinsvorständen vor. Mehr Rechtssicherheit schaffen wir auch dadurch, dass Vereine künftig eine verbindliche Bescheinigung erhalten können, ob ihre Satzung die Voraussetzungen für die Anerkennung als gemeinnützig erfüllt.

Wir wollen Vereinen oder auch Stiftungen außerdem dadurch helfen, dass wir die Mittelverwendungsfristen um ein Jahr ausdehnen, um der Organisation den Druck zu nehmen, die ideellen Mittel unbedingt zeitnah einzusetzen. Deshalb erleichtern wir auch die Bedingungen für die Zuführung von Mitteln aus dem ideellen Bereich in die freie Rücklage und für die Wiederbeschaffungsrücklage. Zusätzlich haben wir während des Gesetzgebungsverfahrens für eine Lockerung des sogenannten „Endowment-Verbots“ gesorgt. Damit wird z.B. die Einrichtung von Stiftungsprofessuren an Hochschulen erleichtert.

Wir brauchen auch in Zukunft motivierte Helfer. Damit sich unsere Mitbürger ehrenamtlich engagieren, reichen finanzielle Anreize und Maßnahmen zur Entbürokratisierung allein nicht aus. Sie sind aber ein wichtiges Signal seitens der Politik, dass das Ehrenamt in unserem Land hoch angesehen und unterstützt wird. Uns ist wichtig, dass die Hilfe für Helfer nicht Gegenstand der parteipolitischen Auseinandersetzung wird. Die Unterstützung für Vereine und sonstige gemeinnützige Organisationen sollte das Bestreben eines jeden verantwortlichen Politikers sein.

So ist es auch mir ein großes Anliegen, all den Ehrenamtlichen für den Einsatz in unserer Bevölkerung zu danken. Ohne sie wäre unser gesellschaftliches Zusammenleben ärmer und in manchen Bereichen gar nicht möglich.

Ihr



#### **Weiterleitung des Briefes**

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

#### **Aufnahme in den Verteiler**

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.